

Materialsammlung zu Moratorium BVVG- Ausschreibungen 2009

Woidke und Backhaus für neues Konzept der Bodenprivatisierung

**Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und
Verbraucherschutz , Pressemitteilung vom 31. 8. 2009**

Potsdam - Auf Initiative der Landwirtschaftsminister Mecklenburg-Vorpommerns und Brandenburgs, Dr. Till Backhaus und Dr. Dietmar Woidke, fand heute in Berlin ein Gespräch zur Privatisierung von Agrarflächen mit Vertretern des Bundesfinanzministeriums statt, an dem auch der SPD-Bundesvorsitzende Franz Müntefering und der Agrarexperte im Kompetenzteam des SPD-Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier, Udo Folgart teilnahmen.

Im Ergebnis des Gespräches sicherte das Bundesfinanzministerium zu, das bestehende Konzept der Bodenprivatisierung der BVVG zu überarbeiten. Das Bundesfinanzministerium wird deshalb die Staatssekretäre der Landwirtschaftsministerien der neuen Bundesländer einladen. Für die Dauer dieser Gespräche, längstens bis Ende des Jahres 2009, wird die Ausschreibung von BVVG-Flächen zum Verkauf und Verpachtung ausgesetzt. Laufende Verfahren und Verkäufe nach EALG sind davon nicht betroffen. __Backhaus und Woidke zeigten sich zufrieden mit dem Ergebnis des Gesprächs. „Wir sind froh, dass das Bundesfinanzministerium erkannt hat, welche Probleme die derzeitige Privatisierungspraxis der BVVG den Landwirten in den neuen Ländern bereitet. Wir werden gemeinsam ein neues Privatisierungskonzept erarbeiten. __Es kann und darf nicht sein, dass der Staat bzw. die BVVG den Boden - das Hauptproduktionsmittel der Landwirte - in die Hände von Nichtlandwirten oder reinen Finanzanlegern spielt. Angesichts der Situation auf den Agrarmärkten muss auch der Bundesregierung bewusst sein, dass ein Aussetzen der Preistreiberei bzw. des massiven Liquiditätsentzuges aus den Betrieben durch Bodenkäufe von der BVVG für die nächsten Jahre dringend erforderlich ist“, erklärten beide.

Backhaus und Woidke für neues Konzept der Bodenprivatisierung

Pressemitteilung Nr. 247/09 - 31.08.2009 - LU - Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz

Auf Initiative der Landwirtschaftsminister Mecklenburg-Vorpommerns und Brandenburgs, Dr. Till Backhaus und Dr. Dietmar Woidke, fand heute in Berlin ein Gespräch zur Privatisierung von Agrarflächen mit Vertretern des Bundesfinanzministeriums statt, an dem auch der SPD-Bundesvorsitzende Franz Müntefering und der Agrarexperte im Kompetenzteam des SPD-Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier, Udo Folgart teilnahmen.

Im Ergebnis des Gespräches sicherte das Bundesfinanzministerium zu, das bestehende Konzept der Bodenprivatisierung der BVVG zu überarbeiten. Das Bundesfinanzministerium wird deshalb die Staatssekretäre der Landwirtschaftsministerien der neuen Bundesländer einladen. Für die Dauer dieser Gespräche, längstens bis Ende des Jahres 2009, wird die Ausschreibung von BVVG-Flächen zum Verkauf und Verpachtung ausgesetzt. Laufende Verfahren und Verkäufe nach EALG sind davon nicht betroffen.

Backhaus und Woidke zeigten sich zufrieden mit dem Ergebnis des Gesprächs. "Wir sind froh, dass das Bundesfinanzministerium erkannt hat, welche Probleme die derzeitige Privatisierungspraxis der BVVG den Landwirten in den neuen Ländern bereitet. Wir werden gemeinsam ein neues Privatisierungskonzept erarbeiten.

Es kann und darf nicht sein, dass der Staat bzw. die BVVG den Boden - das Hauptproduktionsmittel der Landwirte - in die Hände von Nichtlandwirten oder reinen Finanzanlegern spielt. Angesichts der Situation auf den Agrarmärkten muss auch der Bundesregierung bewusst sein, dass ein Aussetzen der Preistreiberei bzw. des massiven Liquiditätsentzuges aus den Betrieben durch Bodenkäufe von der BVVG für die nächsten Jahre dringend erforderlich ist", erklärten beide.

Ausschreibungen von BVVG-Flächen bis Jahresende gestoppt

Deutscher Bauernverband (DBV), Pressemitteilung vom 31. 8. 2009

DBV wertet Stopp als ersten Teilerfolg

Der Deutsche Bauernverband (DBV) begrüßte die heutige Entscheidung des Bundesfinanzministeriums als Schritt in die richtige Richtung zunächst bis Jahresende 2009 keine landwirtschaftlichen Flächen der BVVG mehr zum Kauf oder zur Pacht öffentlich auszuschreiben.

Im vergangenen Jahr seien die Verkaufspreise in Folge der öffentlichen Ausschreibungen für BVVG-Flächen sprunghaft so stark angestiegen, dass aktive landwirtschaftliche Betriebe nicht mehr mithalten konnten bzw. sich teilweise wirtschaftlich übernommen haben. Deshalb hat der DBV gemeinsam mit den Landesbauernverbänden der fünf neuen Bundesländer ein zweijähriges Moratorium für die öffentlichen Ausschreibungen von landwirtschaftlichen Flächen der BVVG zum Verkauf gefordert. Ein solches Moratorium wurde als unerlässlich angesehen, damit sich der Markt wieder beruhigen könne.

Für die landwirtschaftlichen Betriebe seien während des Moratoriums die BVVG-Flächen über eine Verlängerung bzw. Neuabschlüsse von Pachtverträgen zu sichern, erklärte der DBV. Existenzgefährdungen landwirtschaftlicher Betriebe durch den Entzug von BVVG-Pachtflächen seien auszuschließen.

Bund und Länder stehen nunmehr in der Verantwortung, über eine Anpassung der Privatisierungsgrundsätze zu verhandeln, in deren Ergebnis stärker als bisher die agrarstrukturellen Belange Gewicht erlangen müssen. Der DBV bekräftigt seine Grundsatzposition, dass letztendlich die BVVG-Flächen in die Hände der aktiv wirtschaftenden Bauern gehören.

Kommentar zur PM "Woidke und Backhaus für neues Konzept der Bodenprivatisierung"

Cornelia Behm, MdB, Bündnis 90/Die Grünen, 31. 8. 2009

Zur PM „Woidke und Backhaus für neues Konzept der Bodenprivatisierung“ des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz Brandenburg kommentiert Cornelia Behm, agrarpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN :

„Das SPD-geführte Bundesfinanzministerium verspricht den beiden SPD-Agrarministern Woidke und Backhaus, das Konzept der Bodenprivatisierung zu überarbeiten und dazu die Ausschreibung von BVVG-Flächen zum Verkauf oder zur Verpachtung bis kurz nach der Bundestagswahl auszusetzen. Dabei ist klar, dass es europarechtlich keine Alternative mehr zum Ausschreibungsverfahren gibt. Durchsichtiger kann ein Wahlkampfmanöver wohl nicht sein.

Dennoch könnte man die gewonnene Zeit nutzen, um den von uns Bündnisgrünen vorgeschlagenen Weg, mehr Flächen auf arbeitsintensive Betriebe beschränkt auszuschreiben, umzusetzen. Dies hat die SPD bisher jedoch nicht aufgegriffen.“

BVVG – Flächenausschreibungen gestoppt – ein wichtiger Erfolg des Verbandes

Presseerklärung des Landesbauernverbandes Brandenburg (LBV) vom 1. 9. 2009

Das Bundesfinanzministerium hat nach intensiven Bemühungen des Berufsstandes und der NBL die Ausschreibungen neuer Flächen durch die BVVG zum Verkauf oder zur Pacht bis zum Jahresende 2009 gestoppt.

Hintergrund ist die scharfe Auseinandersetzung der landwirtschaftlichen Betriebe und ihres Verbandes mit der BVVG um die Kaufpreisermittlung landwirtschaftlicher Nutzflächen. Die Vorgabe der Kaufpreise der BVVG, vorrangig nach den Ergebnissen von versteigerungsartigen Ausschreibungen, begegnete erheblichen rechtlichen Vorbehalten des Bauernverbandes, war jedoch erlösorientierte Praxis der BVVG. Durch den Ausschreibungsstopp besteht nun die Chance, die Privatisierungspraxis nach den agrarpolitischen Grundsätzen der Bundesregierung – dem Erhalt wettbewerbsfähiger, struktureller relevanter

Betriebe – auszurichten. Daneben besteht so die Aussicht, dass der überhitzte Bodenmarkt wieder zu realen Verhältnissen zurückfindet.

Dieser Ausschreibungsstopp kann daher nur ein erster Schritt in die richtige Richtung sein. Maßgeblich ist, dass sich Bund und Länder in den nächsten Wochen auf vernünftige Privatisierungsgrundsätze einigen, die stärker als bislang auf die agrarstrukturellen Belange Rücksicht nehmen. Der Boden gehört in die Hände aktiv wirtschaftender Bauern. Dies muß Vorrang haben, nicht ein kurzfristiges Interesse an hohen Erlösen.

BVVG-Verkaufsstopp war überfällig

Pressemitteilung vom 1. 9. 2009, Kirsten Tackmann, MdB Die Linke

"Der Verkaufsstopp ehemals volkseigener Agrarflächen war längst überfällig", erklärt Kirsten Tackmann, agrarpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, anlässlich des vom Bundesfinanzministerium angekündigten vorläufigen Stopps der Flächenverkäufe durch die bundeseigene BVVG (Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft). Tackmann weiter:

"Künftig müssen die Verkäufe der BVVG auf einer für die ortsansässige Landwirtschaft tragfähigen Grundlage stattfinden. Die Verkaufsrichtlinien der BVVG sind zu überarbeiten und anzupassen. Erst dann sollten weitere Verkaufsaktivitäten stattfinden. Weiterhin muss überprüft werden, ob die Option langfristiger Verpachtung der Flächen wieder verstärkt werden kann. Die BVVG als staatliche Behörde muss ihrer Bedeutung am ostdeutschen Bodenmarkt gerecht werden. Sie muss verantwortlich im Sinne einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung der Landwirtschaft agieren.

In der wirtschaftlich schwierigen Lage, in der sich die Landwirtschaft befindet, nutzen externe Kapitaleigner die Gunst der Stunde und steigen in das Geschäft um Grund und Boden in Ostdeutschland ein. Die ortsansässigen Agrarbetriebe können in dieser Situation nicht mithalten und ihnen droht mit Verkäufen der ehemals volkseigenen Flächen an auswärtiges Kapital der Entzug ihrer Existenzgrundlage."

Grundsätzlicher Stopp der BVVG-Flächenverkäufe ist der falsche Weg

Deutscher Bauernbund (DBB), Pressemitteilung vom 3. 9. 2009

Deutscher Bauernbund fordert grundsätzliche Überarbeitung des Privatisierungskonzeptes nach agrarstrukturellen Gesichtspunkten

Am 31.08.2009 fand ein Gespräch der Landwirtschaftsminister von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern mit dem SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering und dem Vertreter für Landwirtschaft im Kompetenzteam der SPD, Herrn Udo Folgart, statt.

Im Ergebnis soll festgelegt worden sein, dass bis Ende des Jahres 2009 alle Ausschreibungen von BVVG-Flächen zum Verkauf und zur Verpachtung ausgesetzt sind.

Zeitpunkt und die Publizierung haben den faden Beigeschmack, dass es sich bei der jetzigen Initiative vorrangig um Wahlkampfpopulismus dreht.

Der Deutsche Bauernbund hat seit vielen Jahren, insbesondere während seiner, mit den Bundespolitikern durchgeführten Bodenforen, auf die vorhersehbaren schlimmen Auswirkungen der BVVG-Privatisierung hingewiesen.

Trotzdem haben noch vor 2 Jahren alle neuen Bundesländer eine Verwaltungsrichtlinie für das Handeln der BVVG unterschrieben, die die Kauf – und Pachtpreistreiberei der BVVG zementiert.

Das jetzt kurz vor der Bundestagswahl neue Erkenntnisse, vor allem auch beim stellvertretenden Präsidenten des Bauernverbandes, Udo Folgart, reifen, und angeblich sofortiges Handeln notwendig ist, ist nicht sonderlich glaubwürdig.

Herr Folgart, der ehemaliger LPG-Vorsitzender war und jetzt ein Nachfolgeunternehmen als Geschäftsführer führt, betreibt natürlich vorrangig Interessenspolitik für agrarindustrielle Betriebsstrukturen.

Bedingt durch die massive Benachteiligung der Wieder- und Neueinrichter in den neuen Ländern ist es den LPG-

Nachfolgeunternehmen gelungen, im Durchschnitt 1,4 Pachtverträge mit der BVVG zu erhalten, während nur jeder 3. Bauer in den Genuß eines Pachtvertrages über Treuhandflächen kommen konnte. Noch heute werden über 60 % der BVVG-Flächen von juristischen Personen bewirtschaftet.

Wenn jetzt bis Ende 2009 auch alle Verpachtungsaktivitäten ausgesetzt werden, bedeutet das nichts weiter, als dass die Regeln des

bürgerlichen Gesetzbuches greifen und zumindest eine einjährige pauschale Verlängerung der bestehenden Pachtverträge erfolgt. Eine Überarbeitung der Flächenprivatisierungsrichtlinien der BVVG sind längst überfällig, weil durch die Ausschreibungspraxis (analog der mentalen Reaktionen bei Auktionen) völlig überhöhte Verkaufspreise durchgesetzt wurden. Wichtig ist aber nicht ein genereller Verkaufs- und Verpachtungsstopp, sondern die Vermarktung über Verkauf oder Verpachtung muss nach agrarstrukturellen Gesichtspunkten, so wie es die Landgesellschaften betreiben, durchgesetzt werden.

Die politischen Vorgaben an die BVVG sind falsch und der jetzige Verpachtungs- und Verkaufsstopp nutzt vor allem den agrarindustriellen Großbetriebsstrukturen.

Richtiger ist es, den Betrieben die Option zwischen Kauf und Pacht auf der Grundlage ortsüblicher Werte zu ermöglichen.

Völlig unhaltbar ist die momentane Praxis der Wertermittlung bei den angeblich begünstigten Flächenverkäufen auf der Grundlage der eigenen Grundpreisfestsetzungen durch die BVVG.

Der Entschädigungsgedanke wird der Lächerlichkeit Preis gegeben, weil die ortsüblichen Kaufpreise des freien Bodenmarktes in der Höhe des angeblich reduziert begünstigten Bodenmarktes der BVVG liegen. Diese Praxis ist auch gesetzeswidrig, weil der Gesetzgeber die Zugrundelegung der ortsüblichen Bodenrichtwerte vorschreibt.

Der Boden darf nicht weiter zum Spekulationsobjekt von Nichtlandwirten oder Finanzkonsortien degradiert werden, sondern es muss sichergestellt werden, dass die Preisgestaltung so erfolgt, dass die Kauf- und Pachtpreise sich aus der landwirtschaftlichen Produktion darstellen lassen.

„Der Deutsche Bauernbund erwartet von allen Bundestagsparteien, insbesondere von den bürgerlichen Parteien, dass alles unternommen wird, um keine weiteren ungerechten Belastungen auf den, die Gesellschaft tragenden Mittelstand erfolgen und insbesondere das positive Wirken der bäuerlichen Betriebe in den ländlichen Räumen eine herausgehobene Würdigung erfährt“, so Präsident Klamroth zusammenfassend.

Backhaus fordert zügige Überarbeitung des Privatisierungskonzeptes

Pressemeldung Nr. 260/09 - 09.09.2009 - LU - Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz

Die Landwirtschaftsminister der neuen Bundesländer führten heute im Bundesfinanzministerium Gespräche über künftige Grundsätze bei der Privatisierung von BVVG Flächen. Dieses Gespräch kam auf Initiative der Landwirtschaftsminister Mecklenburg-Vorpommerns und Brandenburg zustande.

"Wir haben uns auf Grundsätze verständigt, die Ausgangspunkt für die Überarbeitung des Privatisierungskonzeptes der BVVG sein werden. Gespräche dazu sollen zeitnah geführt werden.

Ich hoffe, dass wir noch vor Jahresende zu Lösungen kommen, die für die Landwirte in den neuen Bundesländern akzeptabel sind. Faire Preise stehen dabei ganz oben. Bis zur Einigung auf dieses neue Konzept wird es keine neuen Ausschreibungen zum Verkauf bzw. zur Verpachtung von BVVG-Flächen geben", so der Landwirtschaftsminister Mecklenburg-Vorpommerns, Dr. Til Backhaus.

Grundlage für die Preisermittlung bei der Ausschreibung von BVVG Flächen sollen Gutachten von Sachverständigen der jeweiligen Regionen sein. In die Preisermittlung sollen Preise aller Marktteilnehmer einbezogen werden. "Bei Flächenverkäufen in Mecklenburg-Vorpommern lagen die Hektar-Preise der BVVG-Flächen im durchschnitt um 66 % über den Preisen anderer Anbieter. Das ist nicht nachvollziehbar", so Minister Backhaus.

Auch bei der Verpachtung von BVVG-Flächen soll künftig der ortsübliche Preis als Grundlage herangezogen werden.

Darüber hinaus sollen die Einschränkungen aufgehoben werden, was Anteil und Größe der zu erwerbenden Fläche betrifft. Bislang ist es so, dass Pächter von BVVG-Flächen nur bis zu 50 % der Fläche, maximal bis zu 450 ha zum Verkehrswert erwerben könne. Hier wünschen die neuen Länder eine Flexibilisierung.

Backhaus appellierte an seine Kollegen aus den neuen Ländern, Geschlossenheit zu wahren. "Man muss gegenüber dem Bund mit einer Stimme sprechen", betonte er im Hinblick auf die Haltung von Sachsen und Sachsen-Anhalt. "In der jetzigen Situation darf es auch nicht zu Ausschreibungen von Kleinstflächen kommen. Wir haben die Zusage des Bundesfinanzministeriums für ein Moratorium. Das dürfen wir jetzt nicht wieder aufweichen"; so Backhaus.

Backhaus begrüßte auch die Zusage des Bundes, die Ausschreibung von Gewässern und Seen bis zum Jahresende zu stoppen.

BVVG-Privatisierungskonzept wird überarbeitet

MLNU Thüringen, Pressemitteilung 192/09 v. 9. 9. 2009

Heute trafen sich in Berlin der Bund und die neuen Länder, um über das Konzept zur Privatisierung der BVVG-Flächen zu beraten. Die Minister und Staatssekretäre der Agrarressorts und das Bundesfinanzministerium stimmten darin überein, dass sich die 2006 vereinbarten Grundzüge bewährt haben, aber insbesondere hinsichtlich der Preisbildung für Verkauf und Verpachtung von BVVG-Flächen der Überarbeitung bedürfen.

Hauptkritikpunkt war die Vorgehensweise der BVVG bei den Ausschreibungen der Flächen zum Höchstpreis. Das führt zu Preistreiberei sowohl bei den Grundstücks- als auch den Pachtpreisen, wobei Thüringen aufgrund des Auslaufens der langfristigen Pachtverträge in 2009 und 2011 besonders betroffen ist.

In Berlin wurde dazu heute folgendes vereinbart:

1. Die BVVG setzt bis Ende 2009 bzw. bis zum Inkrafttreten eines überarbeiteten Konzeptes die Privatisierung von Flächen über Ausschreibungen aus.
2. Die Privatisierung über das Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) wird fortgesetzt.
3. Direktverkäufe finden weiterhin statt.

Innerhalb der nächsten 14 Tage nimmt eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe Verhandlungen auf, um das Verfahren zur Preisbildung für Verkäufe und Pacht so zu definieren, dass Preissprünge wie in der Vergangenheit vermieden und agrarstrukturelle Belange angemessen berücksichtigt werden. Zudem soll das Verfahren für Direktverkäufe flexibilisiert werden.

Die Minister und Staatssekretäre des Bundes und der neuen Länder werden Anfang Oktober 2009 das Verhandlungsergebnis bewerten. Die überarbeitete Fassung des Privatisierungskonzeptes soll am 1. Januar 2010 wirksam werden.

„Mit diesem Verhandlungsergebnis wird den Erwartungen der Thüringer Landwirte Rechnung getragen“, zeigte sich der Staatssekretär im Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt, Stefan Baldus, zuversichtlich. „Schon in wenigen Monaten kann die kritisierte Privatisierungspraxis der BVVG korrigiert werden.“

„BVVG-Ausschreibungsstopp für Korrekturen nutzen“ Forderungskatalog vorgelegt

**Pressemitteilung vom 13. 9. 2009, Cornelia Behm MdB,
Bündnis 90 / Die Grünen**

Die agrarpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Cornelia Behm, hat sich dafür ausgesprochen, den bis zum Ende des Jahres befristeten Ausschreibungsstopp bei der BVVG zu nutzen, um Korrekturen bei den zwischen dem Bundesfinanzminister und den ostdeutschen Länderagrarrministern vereinbarten Privatisierungsgrundsätzen für Agrarland vorzunehmen, und hat für die Gespräche zwischen dem Bund und den Ländern einen Forderungskatalog vorgelegt.

„Der Ausschreibungsstopp ist in erster Linie ein zwischen SPD-Bundesfinanzministerium und den SPD-Agrarministern abgestimmtes Wahlkampfmanöver – und es ist zu befürchten, dass die Privatisierungen nach der Wahl nahezu unverändert fortgesetzt werden“ kritisierte Behm das Vorgehen der Minister Steinbrück, Woidke und Backhaus. „Schließlich haben alle drei Minister den BVVG-Privatisierungsgrundsätzen 2007 zugestimmt. Dabei kann und sollte man die gewonnene Zeit sehr wohl nutzen, um einige sinnvolle Korrekturen bei der BVVG-Privatisierung vorzunehmen. Ziel sollte dabei aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sein, den Strukturwandel zu immer größeren Betrieben zu begrenzen. Außerdem wollen wir arbeitsintensive Betriebe stärken. Zu diesen gehören Gartenbau-, Futterbau-, Veredelungs- und Ökobetriebe. Im Einzelnen schlagen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgende Änderungen vor:

1. Die Verkehrswertverkäufe der BVVG werden auf einen längeren Zeitraum als bis 2020 ausgedehnt (auf insgesamt mindestens 50 Jahre bis 2040), um die Liquidität der ostdeutschen Agrarbetriebe nicht zu überfordern. Dazu wird das Verkaufsziel von maximal 25.000 ha pro Jahr weiter abgesenkt (z.B. auf maximal 15.000 ha).
2. Bei den Ausschreibungen wird zur Verbesserung der Wertschöpfung in den Regionen auf ein zweistufiges Verfahren umgestellt.
 - a) Alle Ausschreibungen erfolgen zunächst beschränkt auf arbeitsintensive Bewirtschaftungsformen (Veredelungsbetriebe, Futterbaubetriebe, Gartenbaubetriebe, Öko-Betriebe). Dabei ist der Erwerb in Analogie zum vergünstigten Erwerb nach EALG daran zu binden, dass die Unternehmen bzw. Personen als Käufer ortsansässig sind oder werden.
 - b) Sofern bei diesen beschränkten Ausschreibungen weder ein Verkauf noch eine Verpachtung zustande kommt, wird die Fläche allgemein ausgeschrieben.
3. Bis zur Realisierung dieses zweistufigen Verfahrens,
 - a) werden die auf arbeitsintensive Bewirtschaftungsformen beschränkten Ausschreibungen deutlich ausgeweitet (von 2.000 ha auf 5.000 ha).
 - b) können Betriebe mit vorwiegend arbeitsintensiven Bewirtschaftungsformen

zukünftig mehr gepachtete BVVG-Flächen direkt und ohne Ausschreibung kaufen. Dadurch sollen sie künftig bis zu 75 % anstelle von 50 % ihrer Gesamtbetriebsfläche sichern können.

4. Die Begrenzung der Maximalgröße der Verkaufslose wird von 50 ha weiter abgesenkt (z.B. auf 25 ha).

5. Lose unter 10 ha werden zukünftig nicht ausschließlich zum Verkauf, sondern auch zur Verpachtung ausgeschrieben.

6. Es ist zu prüfen, wie die Grenzen bei den Direktverkäufen (max. 450 ha pro Betrieb), die für natürliche Personen gelten, auf Eigentümer übertragen werden können, die mehrere Agrarbetriebe besitzen bzw. an mehreren beteiligt sind.

7. Zu hinterfragen ist auch, ob an der Praxis, attraktiven Flächen schwer verwertbare Flächen bei der Zusammenstellung der Flächenlose zuzuschlagen, weiter festgehalten werden soll. Denn diese sind gerade für kleine Betriebe oftmals betriebswirtschaftlich kaum zu verkraftender Ballast.

8. Wenn die BVVG ausgeschrieben hat, muss sie im Interesse eines transparenten Verfahrens den Verkauf bzw. die Verpachtung auch entsprechend den Angeboten realisieren. Voraussetzung dazu ist, dass sie realistische Mindestgebote festlegt, um Preise deutlich unter dem geschätzten Verkehrswert zu verhindern. Ausschreibungen stattdessen aufgrund zu niedriger Gebote nachträglich zurückzuziehen, ist demgegenüber ein intransparentes Verfahren, das zudem das durchschnittliche Verkehrspreisniveau nach oben drückt und so den Referenzpreis für die Direktverkäufe verzerrt. Dadurch kann sich ein unerwünschtes Verkaufsniveau oberhalb des Marktpreises ergeben.